

## Schwarz-blaue Ablenkung

Die Regierung sitzt trotz unpopulärer Maßnahmen laut Umfragen sicher im Sattel. Damit das so bleibt, setzt schwarz-blau auf „Teile und Herrsche.“ Dabei ist es auch die österreichische Politik und Wirtschaft, die Fluchtursachen erzeugt. Und auch von der Diskriminierung profitieren Unternehmen – ganz im Gegenteil zu den Beschäftigten.

Seite 2

## Linker Sieg in Mexiko

Der historische Erfolg des linken Kandidaten AMLO bei den Wahlen am 1. Juli ist ein vorläufiger Höhepunkt von Protesten und sozialen Bewegungen. Er hat zwei Optionen: dem Druck von Rechten und Unternehmen nachzugeben oder sein soziales Programm wirklich umzusetzen. Karla Torres von Izquierda Revolucionaria in Mexiko berichtet.

Seite 12

## Schwerpunkt

Die Gewerkschaftsspitzen pochen auf die Sozialpartnerschaft, obwohl diese längst Geschichte ist. Doch auch bisher war sie bei näherer Betrachtung keine Erfolgsgeschichte.

Seiten 7-10



# VORWÄRTS

**SLP**  
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis €1,-  
Solipreis €2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 270 | 09.18

## Jetzt aktiv werden!

# Kürzungspolitik stoppen!

Gleich nach der letzten Landtagswahl begann die Regierung ihren Generalangriff auf Beschäftigte: 12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche, Budgetkürzungen bei AUVA und AMS, Einführung von rassistischen Deutschklassen, Verschärfungen bei Abschiebungen. Im Herbst soll die Offensive mit Mindestsicherungskürzungen, Angriffen auf Frauenrechte und der Zerschlagung des Sozialversicherungssystems weitergehen.

Dagegen gibt es Widerstand. Viele von uns können sich die Regierungspo-



## 12-Stunden-Tag, Deutschklassen, Sexismus, Abschiebungen: Die Regierung ist mit Widerstand konfrontiert.

litik schlicht nicht leisten. Dass klassenkämpferische Aktionen die beste Antwort sind, haben die AUVA-KollegInnen gezeigt: Sofortige öffentliche Betriebsversammlungen und Streikdrohungen zwangen die

Sozialministerin zum Teilrückzug.

Die Führung der Gewerkschaft verfolgt aber keine Kampfstrategie. Das Ende des Kampfes gegen das Arbeitszeitgesetz ist der traurige Beweis. Die De-

monstration mit 120.000 in Wien hätte der Startschuss einer Streikbewegung sein müssen. Stattdessen macht der ÖGB Sommerpause und zwei Monate später eine zahnlose Medienaktion vorm Sozialministerium

heissen Herbst. Während ÖGB-Chef Katzian & Co von einer Rückkehr zur SozialpartnerInnenschaft träumen, zeigen beispielsweise die KollegInnen von „Wohnservice Wien“ bei einer gemeinsamen Betriebsversammlung mit anderen KollegInnen, wie es gehen könnte: Ihre Resolution fordert den ÖGB auf, einen Generalstreik gegen den 12-Stunden-Tag auszurufen, unabhängig von der Aufnahme sozialpartnerInnenschaftlicher Gespräche.

Um den 12-Stunden-Tag, die (wenn auch abgefederter) AUVA-Kürzungen und andere Regierungsangriffe zu Gunsten von Unternehmen und Reichen zurückzuschlagen, brauchen wir eine Kampfstrategie für ei-

Um eine solche Ausrichtung der Gewerkschaften zu erreichen, brauchen wir eine andere Gewerkschaft, eine andere Führung! Wir müssen gewerkschaftliche Proteste mit jenen gegen die Deutschklassen, für Frauen- und für Flüchtlingsrechte verbinden. Dazu brauchen wir eine Vernetzung von kämpferischen KollegInnen, BetriebsräteInnen und GewerkschafterInnen. Initiativen wie „ÖGB aufrütteln“ und „Sozial, aber nicht blöd“ bauen eine solche Vernetzung auf, die SLP ist aktiver Teil davon.

Flo Klabacher

### Was du tun kannst:

- Schließe dich mit KollegInnen zusammen, plant eigene Aktivitäten.
- Vernetze dich mit Anderen, die auch unter dieser Regierung leiden.
- Werde aktiv mit „ÖGB aufrütteln“ bzw. „Sozial, aber nicht blöd“ - gemeinsam können wir mehr erreichen!



**von Sonja Grusch** Dass sich FPÖ und ÖVP in hysterischen Reaktionen überschlügen, als Postgewerkschafter Köstinger bei der Demo am 30. Juni sagte, man müsse die unsoziale Regierung stürzen, ist klar. Doch auch aus SPÖ und ÖGB hagelte es Distanzierungen. Noch vor Ort versicherte ÖGB-Präsident Katzian, die Regierung zu akzeptieren. Und FSG-“Kollege” Hübner zeigte Köstinger überhaupt gleich an. Bleibt die Frage: Ist es legitim, zum Sturz einer Regierung aufzurufen?

Tatsächlich ist diese Regierung nicht gewählt, sondern nur die Parteien, die sie bilden. Für diese hat auch nur eine Minderheit gestimmt, da viele nicht gewählt haben oder es nicht durften. Wenn sie Versprechen bricht, kann man sie nicht abwählen. Wenn sie Politik für die reiche Minderheit gegen die Mehrheit macht, wird sie nicht zur Rechenschaft gezogen. Bei Kritik an Regierungsspitzen gab es jüngst absur-

## Darf man die Regierung stürzen? Soll man?

de Strafen, die an den Umgang mit „Majestätsbeleidigung“ erinnern.

In einer bürgerlichen Demokratie beschränkt sich die Teilnahme der WählerInnen auf ein Kreuz am Stimmzettel. Ist also nicht weit her mit der Mitbestimmung. Wenn es um wirtschaftliche Fragen geht, besonders in den Betrieben, geht noch weniger.

Also ja, es ist legitim, zum Sturz einer Regierung aufzurufen. Denn was ist ein „Sturz“? Kein Putsch einer militärischen Minderheit (das ist eher der Weg der Rechten), sondern das Ergebnis von Massenprotesten. Wenn ArbeiterInnen, Jugendliche, Frauen, MigrantInnen, PatientInnen, PensionistInnen, LehrerInnen und andere, deren Zukunft und Rechte von dieser Regierung mit Füßen getreten werden, aufstehen, protestieren und der Regierung das Regieren unmöglich machen – dann ist das mehr als legitim und echte Demokratie. Dass SPÖlerInnen und SPÖ-nahe GewerkschafterInnen das anders sehen, ist klar: Ange-sichts der Politik der SPÖ könnten sie ja genauso im Visier solcher Massenproteste stehen.

**Impressum:**  
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),  
Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien,  
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U  
Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 2560000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

## Waffen und Freihandel: Fluchtgründe made in Austria

**Die Fluchtsachen** finden sich nicht nur im Nahen Osten, sondern letztlich v.a. im Westen – auch in Österreich. Auch österreichische Konzerne machen fette Profite auf Kosten der Bevölkerungen ausgebeuteter Länder. Die Firma Steyr Mannlicher (Amstetten) verkaufte Sturm-gewehre an das islamistische Regime in Saudi-Arabien, die inzwischen in die Hände terroristischer Gruppen in Syrien gelangt sind. Auch sonst

wird munter mit Diktatoren gepackelt. In der Wirtschaftspolitik sieht es nicht anders aus. Freihandelsabkommen, die die EU (und Österreich) den westafrikanischen Staaten aufgezwungen haben, führen dazu, dass deren Wirtschaft durch Europas Billigexporte pleite geht. Europas Konzerne profitieren, während die westafrikanische Bevölkerung in Arbeitslosigkeit, Elend und schließlich zur Flucht getrieben wird.



Foto: 2015 CC BY - NC Bonvato.net

## Schwarz-blaue Ablenkung

**Trotz unpopulärer** Maßnahmen wie 12-Stunden-Tag und Sparprogrammen bei Sozialem und Gesundheit, sitzt die ÖVP-FPÖ-Regie-

blauen Ministerien blasen überhaupt jede Maus zum Elefanten auf – sind doch gerade ihre WählerInnen von den unsozialen Kür-

### „Teile und herrsche!“ – Wie die Regierung den Widerstand gegen Sozialkürzungen brechen will.

zung laut Umfragen sicher im Sattel. Damit das so bleibt, setzt Schwarz-Blaue auf „teile und herrsche.“

Jede Kürzung im Sozialbereich und bei Rechten der Beschäftigten wird begleitet von Ablenkungsmanövern. So platzt mittler in die Debatte über den 12-Stunden-Tag eine Anti-Einwanderungsübung von Heer und Polizei in Spielfeld. Gerade die

zungsmaßnahmen betroffen und entsprechend unzufrieden. Dass die Führerscheinprüfung nicht mehr auf türkisch abgelegt werden kann, betrifft gerade mal 1% der AbsolventInnen. Dennoch führt das Thema zu teils heftigeren Diskussionen als das Kaputtsparen der Sozialversicherungen, von dem alle ArbeitnehmerInnen betroffen sind.

Kürzungen, die alle treffen, werden als Angriffe auf Flüchtlinge getarnt. Etwa beim Zusammenstreichen der Mindestsicherung. Während Medien und Politik nur von den Auswirkungen auf AsylwerberInnen sprachen, sind der Großteil der Betroffenen Einheimische.

Die Regierung versucht die Bevölkerung gegen MigrantInnen aufzuhetzen, während sie uns gleichzeitig allen – egal wo wir herkommen – das Geld aus der Tasche zieht. Davon profitieren die Konzerne, die Kurz und Strache den Wahlkampf finanziert haben, sowie die Regierungsparteien selbst. Der Kampf gegen Rassismus und jener gegen die Kürzungspolitik gehören daher zusammen!

**Manuel Schwaiger**



## Das Lohndumping mit der Entrechtung von Flüchtlingen

**Die Rechte** von Geflüchteten und Eingewanderten einzuschränken bedeutet nicht, dass es mehr Geld für ÖsterreicherInnen gibt. Wer zur Verlängerung einer Aufenthaltsgenehmigung eine Arbeitsstelle braucht, ist bereit, jeden noch so schlechten Job anzunehmen. Ähnlich bei AsylwerberInnen. Zwar wird ihnen verboten zu arbeiten, gleichzeitig wird die Unterstützung gekürzt. Vielen bleibt keine andere Möglichkeit als

Schwarzarbeit. Dabei reiben sich die UnternehmerInnen, die sich so Sozialversicherungsbeiträge und KV-Löhne sparen, die Hände. Der Nachschub an Billigarbeitskräften durch die Entrechtung von Eingewanderten bedeutet niedrigere Löhne für alle. Das lässt sich nur verhindern durch einen gemeinsamen Kampf aller ArbeiterInnen, egal welcher Herkunft, für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.



## ÖVP: Föhnfrisur mit Gegenwind?

**Die ÖVP** war lange gefangen im Kompromiss zwischen Bauernbund, ÖA-AB und Wirtschaftsbund – quasi der Dreifaltigkeit der

das jeweilige nationale Kapital zu schaffen. Die SPÖ war in der 2. Republik Partner des ausländischen Großkapitals (Sie-

1) (Ausländisches) Großkapital wird umworben durch Flexibilisierung, Steuergeschenke und Lohn(neben)kostensen-

z.B. bei Mietrecht und Umweltschutz finanziert die ÖVP diesem Teil des Kapitals auch ganz real Zusatzgewinne auf Kosten von z.B. MieterInnen. Hier fischt die ÖVP in der traditionellen Basis der FPÖ.

3) Durch das Puschen des Themas „Migration“ wird von der aggressiv-neoliberalen Politik der Regierung abgelenkt, um die WählerInnen nicht zu sehr zu vergraulen.

**Die weitgehenden** Durchgriffsrechte von Kurz haben die ÖVP zu einer modernen, zentralistischen Partei gemacht, wie sie das Kapital braucht, um seine Interessen umzusetzen. Doch der Gegenwind ist nur eine Frage der Zeit...

Sonja Grusch

Sozialpartnerschaft. Doch seit Schüssel und mit Super-Turbo unter Kurz hat sie sich verändert. Sie wirkt modern, pfeift auf die Sozialaltpartnerschaft, ihre eigenen Länderorganisationen und wetteifert mit der FPÖ um den 1. Platz, wenn es gegen Flüchtlinge geht. Was ist passiert?

In der bürgerlichen Demokratie haben Staat und bürgerliche Parteien die Aufgabe, den Rahmen für

mens & Co.) und in der (ehemaligen) Verstaatlichten verankert. Die ÖVP war mit ihrer Orientierung auf Bauern, Handwerk und heimische Industrie lange nicht am Puls der Zeit. Doch wenn sich das Kapital bzw. seine Bedürfnisse ändern, müssen die Parteien folgen. Genau das haben Kurz&Co erkannt und versuchen nun der bei der internationalen Entwicklung aufzuholen:

kung. Der Standort Österreich soll auf Kosten der Beschäftigten wettbewerbsfähig bleiben/werden. Die ÖVP sagt: „seht her, wir leisten, wozu die SPÖ zu zögerlich war“.

2) Heimischen Klein- und Mittelbetrieben, die sich vor ausländischer Konkurrenz zu Recht fürchten, wird mit einer EU-kritischen und „Heimat“-Rhetorik ein gewisser Schutz vorgegaukelt. Durch Veränderungen

## ÖVP-Klientelpolitik für die Wirtschaft

**Die Anzahl** der Bauern ist seit 1951 um rund 2/3 zurückgegangen, die landwirtschaftliche Fläche etwa gleich geblieben. „Bauern“ sind heute oft Großunternehmen, auch wenn die Werbung immer noch auf das Alm-Öhi-Bild setzt. Stimmenmäßig fallen die paar Biobauern nicht ins Gewicht bzw. wählen ohnehin immer stärker die Grünen. Der Bauernbund verlor auch seinen Minister Andrä Rupprechter und ist über diese Entmachtung „enttäuscht“.

**Die** Wirtschaftsstruktur ändert sich, die Industrie ist längst vom Dienstleistungsbereich überholt. Über 70% der Wertschöpfung werden dort erbracht. Der profitabelste Bereich ist hier der Finanzsektor. Viele Kurz-Spenden sind von Banken, Versicherungen und Vermögensverwaltungen. Der 12-Stunden-Tag, der in der Industrie oft schon üblich ist, bringt im Dienstleistungsbereich echte Zusatzprofite.

**3,2%** aller Unternehmen in Österreich mit 20% aller Beschäftigten erwirtschaften ein Drittel des Umsatzes – und stehen in ausländischem Besitz. V.a. im Bereich Forschung und Entwicklung haben sie die Nase vorne. Rund 80% aller Exporte gehen nach Europa. Ein EU-Austritt ist daher keine Option. Der nächstwichtige Handelspartner ist China, was auch die große Delegation im April erklärt.

**Exporte** sind überlebenswichtig für die österreichische Wirtschaft, mehr als die Hälfte des BIP kommt aus dieser Quelle. Doch die Exportzuwächse sind in den letzten Jahren eher mager. Internationale Wettbewerbsfähigkeit ist darum aus Sicht des Kapitals dringend nötig. Die Regierung beteiligt sich am Lohndrücken und feuert damit die internationale Spirale nach unten weiter.

### Der rechte Rand

**Der Bundesobmann** der Freiheitlichen Arbeitnehmer (FA) Gerhard Knoll hat für die Vertretung jugendlicher Beschäftigter nur Zynismus übrig: „Wenn das primäre Arbeitnehmeranliegen des ÖGB heutzutage offensichtlich nur der Erhalt des Jugendvertrauensrats ist, dürfte es der Arbeitnehmerschaft wohl ganz gut zu gehen“. Dass die FPÖ eine arbeiterInnenfeindliche Partei ist, ist klar, doch die FA greifen manches auf, was richtig ist – freilich, um es in rechtsextreme, rassistische, nationalistische Bahnen zu lenken und zu Forderungen zu machen, die Beschäftigten schaden. Sie schreiben zB, dass es der Gewerkschaftsführung um die eigenen „Pfründe“ geht. So weit, so richtig – das ist einer der Gründe, warum die Gewerkschaft nur Dampfabblass-Aktionen organisiert. Die FA machen daraus eine Befürwortung des 12-Stunden-Tags. In der AK-Vollversammlung stellten sie einen Antrag mit rassistischen Forderungen zum AMS, inkl. Abmeldungsmöglichkeit ohne Begründung bei „nachweislich mangelder Integrationsbereitschaft“. Der selbe Antrag fordert „Streichung von Arbeitslosenzuschüssen bei Nichtannahmen von angebotenen Jobs ohne Vorlage beim Regionalbeirat“ – da wird dann auf alle Erwerbsarbeitslosen losgegangen. Wiener Landesobmann Bernhard Röscher (Burschenschaftschafter, Unternehmer mit zahlreichen Beteiligungen und Pachteinkünften sowie reicher Multi-Funktionsärzt) beschimpft die über 100.000 Demonstrationen gegen den 12h-Tag als „bezahlte Demoschauspieler“. In der FA selbst geht es rund: Die Wahl zum Obmann muss wegen des Verdachts auf „Stimmankauf“ wiederholt werden...

Helga Schröder

**Am 16. Juli** war der jährliche Amazon Prime Day. An diesem Tag wollen Amazon und dessen Chef Jeff Bezos (mit geschätzten 150 Milliarden Dollar Vermögen der reichste Mensch der Welt) Extraprofite erzielen. Während das Unternehmen kaum Steuern abführt, leiden viele Beschäftigte, vor allem LagerarbeiterInnen, unter den miesen Arbeitsbedingungen. In vielen Lagerhallen gibt es keine Klopaußen, stattdessen müssen Windeln getragen werden. Bis zum Umfallen werden Überstunden geschoben und trotzdem reicht für viele Amazon-Beschäftigte das magere Gehalt nicht zum Leben.

### Frisch gekämpft ist halb gewonnen!

Zurück zum Prime Day: Dieser wurde in Spanien, Deutschland und Polen genutzt, um für Verbesserung zu streiken. In der Nähe von Madrid (Spanien) wurden die landesgrößten Lagerhallen von über 80% der Belegschaft von 16. bis 18. Juli bestreikt. In Deutschland, Amazons zweitgrößtem Markt (9,5% von Gesamtabsatz), wurde der 1-tägige Streik von der Gewerkschaft Verdi organisiert. Sechs Lagerhallen wurden von insgesamt 2.500 Beschäftigten bestreikt. Gleichzeitig verlief in den polnischen Lagerhallen der „Dienst nach Vorschrift“, d.h., dass nur das Mindeste gemacht wurde, um nicht gefeuert zu werden. Dass die KollegInnen sich international vereint und abgesprochen gegen den Online-Versand-Konzern auflehnen, ist ein großer Fortschritt! Dass das dem ÖGB keine Zeile wert war, obwohl auch österreichische Unternehmen gerne solche miesen Arbeitsbedingungen hätten, ist – leider – typisch.

Nikita Tarasov



## Unzumutbarkeit wird Luxus

**Die Arbeitswelt** verändert sich den Bedürfnissen der Unternehmen (nicht der Beschäftigten) entsprechend laufend. Es gibt

auf die EmpfängerInnen hinzugekommen. Wer sich nicht in (oft sinnlose) Förderkurse stecken lässt oder sich (nach An-

das auf die Spitze getrieben. Hier kann es schnell passieren, dass alle Leistungen gestrichen werden. Der Druck, irgendeine Arbeitsstelle anzunehmen, egal wie mies sie ist,

egal wie weit weg sie ist, ist enorm. Und genau darum geht es auch: Hartz-IV hat das Wort „Unzumutbarkeit“ aus der Arbeitswelt gestrichen. Das war die Voraussetzung für eine Offensive des deutschen Kapitals gegen Tarifvertrags (KV)-Löhne. Leiharbeit und ähnliche Lohndrückereien konnten sich so auch in den gewerkschaftlich starken Branchen durchsetzen, wie in der Schwerindustrie. Auch die Konzerne in Österreich wollen die Macht

des ÖGB brechen und v.a. die Kollektivverträge los werden. Kein Wunder also, dass eine Variante von Hartz IV auch auf ihrer Wunschliste an die Regierung steht.

**Genau wie** damals in Deutschland tun sie so, als ginge es gegen „faule Arbeitslose“, dabei würde es alle ArbeitnehmerInnen treffen. Dagegen müssen wir uns wehren, denn der Blick nach Deutschland ist erschreckend: ein Viertel der Kinder lebt unterhalb der Armutsgrenze. Ein Drittel der Erwerbstätigen verdient max. 817€ netto und 7,3 Millionen sind überschuldet. Genau das will Schwarz-Blau auch für Österreich!

Till Ruster

### Repression und Druck gegen Erwerbslose richtet sich gegen alle, die nicht reich sind!

weniger Vollzeitstellen und dafür immer mehr Varianten von Beschäftigungsverhältnissen vom „All-In-Vertrag“ bis zur Scheinselbstständigkeit.

Ist die Bezahlung im Job zu niedrig, gibt es (zumindest für EU-BürgerInnen) die Mindestsicherung zum Aufstocken. Auch hier ist in den letzten Jahren Einiges an Druck

sicht des AMS) nicht genug bemüht, bekommt Leistungen gestrichen. Obwohl gar nicht genug Jobs für alle frei sind (laut Statistik Austria 2017 ca. 90.000 freie Stellen auf fast 300.000 Suchende), wird die Schuld an Arbeitslosigkeit den Betroffenen gegeben.

Die „Hartz-IV“ Reform in Deutschland hat

sichert werden und andererseits „Anreize“ geschaffen werden, um Menschen wieder in Arbeit zu bringen. In Wirklichkeit sind sie ein existenzbedrohender Anschlag auf die ohnedies schon prekären Lebensumstände jener, die an oder unter der Armutsgrenze über die Runden kommen müssen. Und die werden mehr werden.

Es geht hier schlicht ums Abstempeln als „Minderleister“ und um Ausgrenzung. Denn das Finanzie-

rungsargument greift nicht: Die Kosten für Mindestsicherung und Notstandshilfe betragen laut Sozialministerium zusammen weniger als 1% des BIP. Und die massiven Kürzungen beim AMS-Budget zeigen, dass es auch nicht um Integration in den Arbeitsmarkt geht. Und wenn nicht: Von € 150 im Monat lässt es sich nach FPÖ-(Un)Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (Gehalt: € 17.511) ja auch ganz gut leben.

Alexander Svojtko

## Arbeitsmarktpolitik à la Schwarz-Blau



**Wie nicht anders** zu erwarten, bläst die Regierung zum Generalangriff auf alle, die in ihren Augen in der „sozialen Hängematte liegen“. Auch erwerbsarbeitslose „echte ÖsterreicherInnen“ sind im Visier der schwarz-blauen „Leistungsträger“. Die Deckelung bei der Mindestsicherung und die geplante Abschaffung der Notstandshilfe werden als sozialpolitisch notwendige Reformen verkauft. So soll einerseits die Finanzierung des Sozialstaats abge-

## 2. Runde der Nicht-Mit-Mir-Führung

**Am 10. Juli** lud Nicht Mit Mir zu einer Führung im Volkskundemuseum zur aktuellen Ausstellung „40 Jahre Wiener Frauenhäuser“ ein. Mehr als 30 Leute, vor allem junge Frauen, folgten mit großem Interesse unserer Einladung. Die aktuelle Ausgabe der Nicht Mit Mir Zeitung fand viele AbnehmerInnen und die Liste unserer InteressentInnen verlängerte sich. Die Kulturvermittlerin des Hauses führte uns trotz der unerwartet hohen BesucherInnenzahl durch die Ausstellung, die in Kooperation mit dem Verein Wiener Frauenhäuser entwickelt worden war. Dadurch wurden Objekte zur Verfügung gestellt, die für Frauen in jenen Frauenhäusern wichtig sind.

Insgesamt leben in Österreich mehr als 1.600 Frauen und noch mal so viele Kinder in Frauenhäusern. Für viele ist jedoch der Schritt aus einer gewaltvollen Beziehung in diese geschützten Räumlichkeiten sehr schwierig. Das konservative Weltbild der schwarz-blauen Regierung verschlimmert die Situation weiter. So behauptete die FPÖ-Stadträtin Brigitte Kashofner in Amstetten, dass Frauenhäuser die Ehe zerstören und erhöht so den ideologischen Druck auf Frauen, bei gewalttätigen Partnern zu bleiben. Dies bringt das Leben von vielen Frauen

vermehrt in Gefahr, da jede fünfte von ihrem Partner Gewalt erfährt.

Als feministische, antikapitalistische Plattform verbindet Nicht Mit Mir (junge) Frauen und Männer, die gegen die aktuellen Umstände aktiv werden wollen. In den letzten Monaten haben wir uns an zahlreichen Aktivitäten in Wien und Oberösterreich beteiligt und viele selbst organisiert – z.B. MeToo-Proteste, Aktion gegen christliche FundamentalistInnen, Pride in Linz, Werkzeugkisten gegen Sexismus, Frauenseminar, Kampagne zur Pille danach.

Am 8. August rief Nicht Mit Mir zu einer Solidaritätskundgebung mit der Bewegung für die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen auf. Rund 60 TeilnehmerInnen – u.a. viele ArgentinierInnen – versammelten sich mit ihrem grünenpañuelo (ein Tuch, das Symbol der Bewegung) vor der argentinischen Botschaft in Wien. Neben Nicht Mit Mir Aktivistinnen wandten sich auch argentinische Feministinnen mit motivierenden Reden an das Publikum.

Sexistische Gewalt und der Angriff auf Frauenrechte müssen aber auf allen Ebenen bekämpft werden. Machen wir es gemeinsam!

**Monika Jank**



## Mobilisieren gegen EU-Gipfel!

**Am 20. September** versammeln sich die Staats- & Regierungschefs der EU auf Einladung von Schwarz-

Schwarz-Blau und die anderen Regierungen Europas aus. Klar war, dass die EU eine der Banken und

ist, dass wir mit einzelnen Demonstrationen nicht die Politik von Schwarz-Blau und ihren europäi-

**Gemeinsam gegen Kürzungspolitik, Abschottung und Repression: Gegen den Gipfel der Eliten in Salzburg!**

Blau in Salzburg zu einem inoffiziellen Gipfel. Die Mobilisierung gegen diesen Gipfel läuft bereits, auch die SLP beteiligt sich daran. An zahlreichen Aktionstagen jede Woche standen AktivistInnen mit Flyern auf der Straße, um Menschen zu den Protesten gegen den Gipfel anzusprechen. Die Reaktionen waren dabei fast alle positiv. Viele drückten ihre Wut über die Angriffe von

Konzerne ist, gegen die wir uns gemeinsam und solidarisch wehren müssen. „Es ist wirklich wichtig, dass wir etwas gegen die da oben tun“, so eine Passantin, die damit die allgemeine Stimmung einfängt.

In einem Aktionskomitee werden die Aktionsstage geplant, genauso wie Diskussionsveranstaltungen zu verschiedenen Themen rund um Europa, Gipfelproteste und Co. Klar

schen FreundInnen verhindern können. Aber gemeinsam können wir uns über die Demo vernetzen und gemeinsam Proteste & Streiks organisieren, die über den Gipfel hinaus die Politik der Herrschenden angreifen. Gemeinsam können wir die Stimmung gegen die Eliten aufgreifen und Massenproteste organisieren. Sei auch du dabei!

**Lukas Kastner**

## Sommer, Sonne, Sozialismus!



**Ende August** fand wieder das Sommercamp von SLP und SAV am Kärntner Turnersee statt. Insgesamt trafen sich knapp 90 TeilnehmerInnen aus neun Ländern. In zahlreichen Workshops diskutierten wir über marxistische Theorie, Geschichte und aktuelle politische Entwicklungen, tauschten aber auch Erfahrungen internationaler Klassenkämpfe aus. Am 22.8. begann ein Streik kroatischer WerftarbeiterInnen. Spontan schickten wir neben einer Solidari-

tätsbotschaft auch eine Delegation zur Unterstützung. In einer gemeinsamen Veranstaltung mit AktivistInnen des CWI aus Portugal lieferten slowenische GewerkschaftaktivistInnen interessante Berichte über erfolgreiche, demokratisch von unten organisierte Arbeitskämpfe. Neben zahlreichen Freizeitaktivitäten gab es auch Wanderangebote auf den Spuren der antifaschistischen PartisanInnen.

**Thomas Hauer**

## Termin des Monats



### Eine Welt zu gewinnen

**Zum 2. Mal** organisieren wir unser Event „Eine Welt zu gewinnen“: Zwei Tage voller Diskussionen und Veranstaltungen. Besondere Schwerpunkte sind diesmal die Kämpfe von Frauen in Österreich und weltweit, sowie der Widerstand gegen die Angriffe von Regierung und Unternehmen – mit dabei internationale Gäste u.a. aus Spanien und AktivistInnen aus verschiedenen Bewegungen.

**19.+20. Oktober 2018,  
Veranstaltungszentrum Gudrunstraße 135,  
1100 Wien**

**Lisi Köstinger** geht auf Babypause. Genauso kurz wie der Mutterschutz gerade noch erlaubt. Im Herbst ist sie wieder perfekt im Amt, aus dem Ei gepellt, das Kind perfekt betreut. Und das ganze wird uns als feministische Meisterleistung verkauft, weil "Führungsposition und Mutter sein, das muss heute vereinbar sein" (c: Köstinger-Vertreterin Bogn)

Zeitgleich taucht aus dem Dunstkreis von WKÖ und Industriellenvereinigung eine Wunschliste auf, die den umfassenden Kündigungsschutz im Mutterschutz angreift. Wörtlich wird dieser mit dem Kommentar „unnötige Einschränkung des Kündigungsrechts, erhöht

## Rote Seitenblicke

die Personalkosten“ bezeichnet. Die Wirtschaft will in Zukunft Frauen im Mutterschutz kündigen können. Bis jetzt waren Frauen bis zu vier Monate nach der Entbindung kündigungsgeschützt.

Praktisch, dass man mit Köstinger ein neues Role Model hat - was tut ihr euch an, nach zwei Monaten kann man wieder hackeln. Alles andere ist wehleidig. Sie zeigt am praktischen Beispiel, dass Mutterschutzbestimmungen ja "übertrieben" seien.

Liebe Frau Köstinger. Unsereins hat keine Seilschaften, die uns vor Jobverlust schützen, und nicht das Kleingeld, um sich Nannies zu leisten. Unsere Partner können nicht so leicht in Karenz gehen. Und wir haben nicht die Kinderbetreuungseinrichtungen, um 12 Stunden zu arbeiten - denen wurden von Ihrer Regierung ja die Gelder gekürzt. Aber wir können ja zuhause bleiben und uns vom Partner abhängig machen. Die Mär von der Vereinbarkeit für die große Mehrheit: ein Hohn!

Angry Mom  
Laura Rafetseder



## Party mit den PartisanInnen

**Wer im Sommer** in Clubs oder Bars unterwegs ist, kommt nicht am rituellen „offiziellen Sommerhit“ vorbei. 2017 war es noch der durchgestylte Kommerz-

nenlieder. So können sie leichter kollektiv gesungen werden und die Botschaft prägt sich stärker ein. Im Gegensatz zu Liedern wie „Despacito“ gibt

Freiheit arbeiten werden“. Die antifaschistischen PartisanInnen übernahmen Melodie und Refrain. Die Strophen schrieben sie um. Die entsprechende Stro-

**Von den Straßen in die Strandbar – und wieder zurück:**  
**Bella Ciao war der Sommerhit 2018.**

Hit „Despacito“. Diesen Sommer konnte der Unterschied nicht größer sein: Plötzlich schallte aus allen Boxen der HUGEL-Remix von „Bella Ciao“, einem alten italienischen Widerstandslied. Keine Frage, Bella Ciao hat Ohrwurm-Charakter. Einfacher Aufbau und viele Wiederholungen sind das Grundschema vieler ArbeiterIn-

es kein Copyright – ArbeiterInnenlieder wurden und werden immer wieder neu interpretiert und umgedichtet. Bella Ciao entstand in den Kämpfen der Reisarbeiterinnen zwischen 1904 und 1906. Da reden auf den Feldern verboten war, sangen sie: „ma verrà il giorno / que tutte quante / lavoremo in libertà (Aber es kommt der Tag / wo wir alle / in

phe lautete nun: „E questo è il fiore / del partigiano / morto per la libertà! (Das ist die Blume / des Partisanen / der für unsere Freiheit starb)“ Als Hymne der ArbeiterInnenbewegung wurde es weltbekannt. Auch heute singen SozialistInnen das Lied auf antifaschistischen Demonstrationen. Bella Ciaos Durchbruch 2018 ist aber der spa-

nischen Serie „Haus des Geldes“ zu verdanken. Die Serie dreht sich um BankräuberInnen rund um den mysteriösen „El Profesor“ und spielt mit kapitalismuskritischen Motiven – nach Schöpfer Alex Pina steht ihre rote Kleidung „für den Sozialismus und dass diejenigen, die sie tragen, gegen den Kapitalismus sind. Die Kapitalisten werden von der Polizei verkörpert.“ Währenddessen wird Bella Ciao auch für politisch sinnvolle Aktionen als die von „El Profesor“ eingesetzt: Im August „grüßten“ Buspassagiere den zugestiegenen rechtsextremen italienischen Innenminister Salvini lautstark mit dem Lied – und filmten seine eingeschnappte Reaktion.

Sebastian Kugler

## Die Bundesligareform – Fußball für Reiche

**Der ÖFB** will mit der neuen Reform mehr Menschen in die Stadien und vor die Bildschirme bringen. Tatsächlich bringt sie vor allem Profite für die „großen“ Bundesligavereine und Konzerne.

Die zwei obersten Spielklassen werden auf 12 bzw. 16 Mannschaften erweitert. Durch Playoffs soll die Spannung bis zum Schluss der Saison gehalten werden. Dafür werden Teams aus den Regionalligen in den Profibereich rausgeholt, ungeachtet des erhöhten

gesundheitlichen Risikos. Auch die TV-Gelder werden neu geregelt – zugunsten der großen Vereine.

Apropos TV: Der ÖFB hat einen TV-Deal mit Sky abgeschlossen. Der österreichische Fußball macht es hiermit vielen europäischen Ligen nach, Live-Fußball profitorientierten privaten Sendern zu überlassen.

Der Zugang zum Fußball wird somit massiv erschwert. Im ORF war es für die meisten möglich, Spiele zu sehen – ob man nun Ge-

bühren zahlte oder nicht. Außerdem sind knapp 300 000 arme Haushalte von den Gebühren befreit. Ein Sky-Ticket wird in deren Budget-Plan vermutlich nicht vorkommen. Sky selbst will sich zu seinen AbonnentInnenzahlen nicht einmal äußern. Dazu kommt, dass ein großer Teil der Fans diesem Deal ebenfalls kritisch gegenübersteht. Weiterer Kommerzialisierung und höheren Ticketpreisen wird Tür und Tor geöffnet.

Simon Salzmann



# VORWÄRTSSCHWERPUNKT



## Klassenkampf und/oder Sozialpartnerschaft

**Einführung** des 12-Stundentags, Kürzung und Deckelung der Mindestsicherung, Kürzungen bei der AUVA, Zusammenlegung der Krankenkassen, Ausgabenstopp bei den Sozialversicherungen, de facto Straffreiheit für Unternehmen bei Sozialbetrug usw.: Die Pläne und Maßnahmen der schwarz-blauen Regierung folgen einer klaren Logik: Geschenke für die Reichen, Kürzungen für uns. Jede Stunde, die gear-

diesen Betrag einzusparen, was zur Zusammenlegung und Schließung von Krankenhäusern sowie zur Leistungskürzung führen wird und eine Verschlechterung der Gesundheitsversorgung bedeutet. Die Deckelung der Mindestsicherung wird zu mehr Armut führen, z.B. bekommt eine Familie mit drei Kindern bis zu 4.080 Euro weniger pro Jahr. Es gibt also genug Gründe für Wut und Widerstand: Doch wo ist die Gewerkschaft?

gierungen (z.B. Pensionsreform 2003). Bei all diesen verheerenden Kürzungen hat der ÖGB mit den Händen gerungen, demonstriert und 2003 sogar gestreikt. Schlussendlich hat er sich aber dem Argument der „Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts“ gebeugt. Die Verschlechterungen wurden im Rahmen der Sozialpartnerschaft mitverhandelt. Die Mitglieder wurden mit der Erklärung „Ohne ÖGB wäre die

Bis jetzt hat der ÖGB eine Demonstration mit 100.000 Leuten gegen den 12-Stundentag organisiert und ÖGB-Präsident Katzian hat angekündigt, im Herbst bei den KV-Verhandlungen Ausgleichsmaßnahmen gegen die Verschlechterungen auszuhandeln. Mit so einer „Strategie“ werden die Verschlechterungen zuverlässig kommen. Denn abgesehen davon, ob die Sozialpartnerschaft überhaupt jemals „funktioniert“ hat – sie ist seit vielen Jahren tot. Die Gewerkschaftsführung hinkt mit ihrem Appell an diese vermeintliche „Partnerschaft“ der Realität um viele Jahre hinterher. Weil sie die Sozialpartnerschaft zur Ideologie des ÖGB gemacht hat, ist sie jetzt rat- und letztlich planlos. Ihre Appelle, Petitionen und auch Demonstrationen sind keine ausreichenden Mittel, angesichts der aggressiven Angriffe von Regierung und Unternehmen. Demonstrationen und auch Streiks in einzelnen Betrieben werden sie aussitzen. Auch Gerichte werden keine Lösung im Sinne der Beschäftigten bringen.

**Regierung** und Unternehmen fahren einen generel-

len Angriff auf unsere Zukunft, unsere Gesundheit, unseren „Lebensstandard“. Bitten und Betteln wird sie nicht stoppen. Postgewerkschafter Helmut Köstinger hatte absolut recht, als er bei der Demonstration gegen den 12-Stunden Tag zum Sturz der Regierung aufrief. Nur wenn sie gestürzt wird, wird sie aufhören, für den Profit der Unternehmen den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse zu senken. Doch die ÖGB-Führung hat Angst, das bekannte Fahrwasser der Sozialpartnerschaft zu verlassen. Lieber macht sie weiter wie bisher, selbst wenn die Strategie offensichtlich nicht funktioniert. Auf den Klassenkampf von oben müssen wir mit Klassenkampf von unten antworten. Auf den Generalangriff mit generalisiertem Widerstand. Mit der jetzigen Gewerkschaftsführung werden die Angriffe nicht abgewehrt werden können. Darum müssen wir, die Beschäftigten, die Gewerkschaften als Kampforganisationen zurückgewinnen, brauchen wir eine ganz andere, eine kämpferische Führung und demokratische Strukturen.

**Georg Kumer**

## Wer an der Sozialpartnerschaft klebt, steht den Angriffen der Regierung ratlos gegenüber.

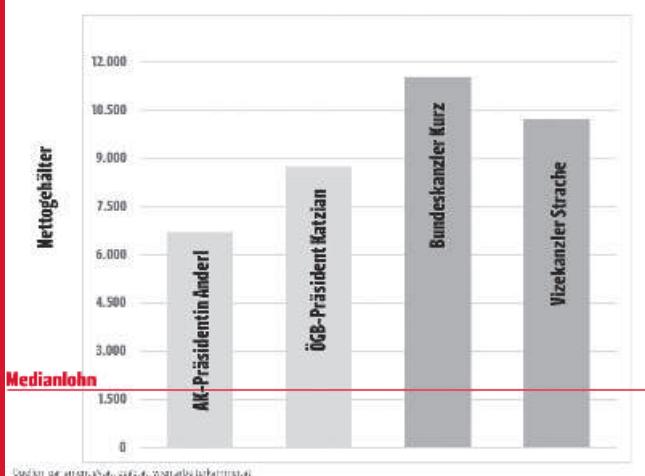
beitet wird, macht ein Unternehmen einen gewissen Profit, je mehr also gearbeitet wird, desto mehr Profit für das Unternehmen. Je mehr ein Beschäftigter arbeiten muss, desto weniger Beschäftigte werden benötigt, die Arbeitslosigkeit wird also steigen. Außerdem werden Überlastung, Burnout und Unfälle zunehmen. Weil aber der Unternehmensbeitrag zur AUVA um 500 Millionen Euro gekürzt werden soll, zwingt die Regierung die AUVA,

Lage noch schlechter“ abgespeist – Alternativen gab und gibt es scheinbar keine in der Logik der ÖGB-Führung.

**Doch Umfragen** zeigen, dass eine Mehrheit Streiks gegen den 12-Stundentag unterstützt. Bei allen Angeboten zum Protest, die es von den Gewerkschaften gab (Betriebsversammlungen, Demonstrationen) war die Beteiligung enorm und wurden weitergehende Maßnahmen gefordert.

## Völlig losgelöst

Die Nettogehälter der Spitzen der ArbeiterInnenorganisationen liegen näher bei den Einkommen der Reichen und ihrer Regierung als bei unserer Lebensrealität:



## Zahlen und Fakten

► **Die Sozialpartnerschaft** ist eine informelle Zusammenarbeit der wichtigsten Organisationen von Beschäftigten und Unternehmen sowie der Bundesregierung. Sie ist die österreichische Version einer „kooperativen Gewerkschaftspolitik“, die ausschließlich im kapitalistischen Rahmen agiert und versucht, mittels Verhandlungen Verbesserungen für ihre Mitglieder zu erreichen.

► **Es handelt sich** um keine staatliche oder öffentlich-rechtliche Einrichtung, sondern um eine aus der Nachkriegszeit gewachsene Konstellation. Die Sozialpartnerschaft ist auch nicht „per Gesetz“ festgelegt oder geregelt.

► **Die „Sozialpartner“** sind Arbeiterkammer (AK) und Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB) auf der Seite der Beschäftigten und Wirtschaftskammer (WKO) und Landwirtschaftskammer (LK) auf der Unternehmensseite. Wesentlichen Einfluss hat auch die Industriellenvereinigung (IV).

► **Die AK** entstand in der 1. Republik, nachdem die revolutionären Organe der ArbeiterInnenselbstverwaltung, die Räte, von 1918-24 von der Sozialdemokratie in die Bahnen des bürgerlichen Staates gelenkt wurden. Da die AK eine gesetzliche Interessensvertretung ist, ist die Mitgliedschaft für

die meisten Beschäftigten verpflichtend. Ihre zentrale Aufgabe sieht sie bei Serviceleistungen wie Rechtsberatung und Ausbildung von Betriebsrätern sowie wissenschaftlicher Arbeit.

► **Die AK** hat dem ÖGB den Abschluss von Kollektivverträgen abgetreten, da gemäß § 6 des Arbeitsverfassungsgesetzes freiwillige Zusammenschlüsse Vorrang gegenüber gesetzlichen Interessenvertretungen haben. Der ÖGB hat rund 1,2 Mio. Mitglieder in sieben Einzelgewerkschaften (früher waren es mehr), die größte Gruppe sind aber inzwischen die PensionistInnen.

► **Die WKO** ist die Entsprechung der AK auf Seite der „Arbeitgeber“. In ihr sind 300.000 Betriebe aus allen privaten industriellen und Dienstleistungssparten mit Ausnahme der Landwirtschaft (die sind in der Landwirtschaftskammer) organisiert.

► **Die IV** mit ihren 4.200 Mitgliedern ist die aggressivere Organisation der Unternehmen und beeinflusst über Parteispenden an ÖVP und FPÖ bzw. ihr Verbindungsbüro in Brüssel die (Wirtschafts)politik. Bereits die schwarz-blauen Regierungen unter Schüssel hat die IV „mitbegleitet“, für die Homepage von Finanzminister Grasser wurden 280.000 Euro gespendet.

# Sozialpartner: Viele Mythen & harte Realität

**Im Kampf** gegen 12-Stundentag und andere Regierungsgrauslichkeiten wurde die Debatte über die Sozialpartnerschaft neu belebt. Woher kommt sie? Wie funktioniert sie? Funktioniert sie überhaupt? Und lohnt es sich, um sie zu kämpfen?

der antikapitalistischen Stimmung und einer möglichen Enteignung war ein wichtiges Motiv für die Kooperation mit ÖGB und Arbeiterkammern. Dazu kamen wirtschaftliche Gründe: Der schwachen österreichischen Bourgeoisie fehlte das Geld zum Inves-

Nachkriegsaufschwung wurde gerade in Österreich mit lang anhaltender Armut in großen Teilen der ArbeiterInnenschaft finanziert. Die Gewerkschaftsführung verzichtete für das „Gesamtwohl“ auf Verbesserungen für die ArbeiterInnen. Forderung nach Lohnerhöhung wurden abgelehnt mit dem Hinweis, man wolle der Wirtschaft nicht den „egoistischen Willen der Arbeiterschaft“ aufzwingen! Doch gegen die Verlängerung des sozialen Elends durch die Abkommen wehrten sich zehntausende ArbeiterInnen mit Streiks, etwa im Oktoberstreik 1950. Die Niederschlagung des Oktoberstreiks auch durch die ÖGB-Führung unterstreicht, dass diese bereit war, auch mit Gewalt ein System, das vor allem dem Kapital nutzt, aufrecht zu erhalten.

Zur Erhöhung des Lebensstandards ab den 1960er Jahren kam es durch die Kombination aus Wirtschaftsaufschwung und Angst vor der Systemkonkurrenz im Osten. Die Unternehmen kalkulierten: Es war billiger, Verbesserungen zuzustimmen, als Klassenkämpfe mit eventuell weitreichenden Folgen zu riskieren. Doch mit dem Abflauen des Aufschwunges ab Ende der 1960er Jahre, der zahmen Gewerkschaftspolitik und dann ab Ende der 1980er dem Wegfall der stalinistischen Staaten gab es keine Notwendigkeit mehr für eine „Kooperation“ von Seiten des Kapitals.

**Mythos 4:** „Die Sozialpartnerschaft garantiert

## Die Interessen von Arbeit und Kapital stehen im Widerspruch...

**Mythos 1:** „Die Sozialpartnerschaft ist eine österreichische Eigenart.“ Tatsache ist: Die Sozialpartnerschaft ist zwar in Österreich besonders ausgeprägt gewesen, Formen von kooperativer Gewerkschaftspolitik gibt es aber überall dort, wo Gewerkschaften keine systemüberwindende Perspektive und Unternehmen ein Interesse an „Bindung“ derselben haben. Institutionalisiert war sie u.a. in den skandinavischen Ländern, Irland und Deutschland.

**Mythos 2:** „Nach dem Krieg wollte man das Lagerdenken überwinden und gemeinsam Österreich aufbauen.“ Tatsächlich aber verstanden nach 1945 viele ArbeiterInnen Krieg und Faschismus als unmittelbare Folgen des kapitalistischen Systems. Die Stimmung war in weiten Teilen der Bevölkerung antikapitalistisch. Zusätzlich entstanden um Österreich herum stalinistische Staaten. Dort gab es zwar keine echte sozialistische Demokratie, aber die Unternehmen wurden enteignet. Die Angst der Bourgeoisie vor

tieren. Der ÖGB auf der anderen Seite wurde nicht in erster Linie von unten gegründet, sondern von ehemaligen FunktionärInnen. Anstatt mit dem Kapitalismus zu brechen, der ins Verderben geführt hatte, hofften sie, dass ein besser kontrollierter Kapitalismus und eine Zusammenarbeit mit dem Klassengegner zu einem harmonischen „Zusammen“ führen würde. Diesem Glauben liegt eine falsche Grundverständnis des Kapitalismus zugrunde: Die Interessen von Arbeit und Kapital stehen im permanenten Widerspruch. Es ist der Kampf darum, wer wieviel von den in der Produktion von den ArbeiterInnen neu geschaffenen Werte bekommt.

**Mythos 3:** „Die Sozialpartnerschaft brachte Wohlstand.“ An der Wiege der österreichischen Sozialpartnerschaft standen fünf „Lohn- und Preisabkommen“ mit denen die Erhöhungen von (niedrigen) Löhnen und (hohen) Preisen festgeschrieben wurde. Die Gewerkschaft hielt sich daran, Unternehmen und Schwarzmarkt nicht. Der



hohe soziale Standards“. Der ÖGB-Spitze ging es nie um eine Abschaffung des Kapitalismus, sondern darum, das Profitsystem so anzukurbeln, dass auch etwas verteilt werden kann. Aber im Kapitalismus gehts nicht ums Verteilen. Das Kapital muss danach streben, bestmöglich Profit zu machen, und die Bedingungen, um Profit zu machen, permanent zu verbessern.

## ... der sich „partnerschaftlich“ nicht auflösen lässt.

Das Kapital ist nicht zur „Partnerschaft“ fähig. Aber die Idee der Sozialpartnerschaft passte und passt zur reformistischen Ideologie der sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaftsspitze. Dazu gehört auch ein utopisches Verständnis vom Staat. Viele ÖGB-SpitzenfunktionärInnen mein(t)en, er würde eine Rolle als „fairer Schiedsrichter“ bei den Verhandlungen am grünen Tisch einnehmen. Dass der Staat in seiner Rolle als „ideeller Gesamtkapitalist“ im Wesentlichen das Kapital bei seinem Streben nach besseren Profitbedingungen unterstützt, wurde ausgeblendet. Durch die enge Verbindung mit der SPÖ wurde diese Haltung noch verstärkt. Jahrzehntelang glaubten ÖGB-FunktionärInnen, durch das Besetzen von staatlichen Funktionen und durch ihren Einfluss in der SPÖ, soziale Verbesserungen erreichen und sichern zu können. Solange die SPÖ eine ArbeiterIn-

nenpartei war, spiegelten sich Forderungen aus der Gewerkschaftsbewegung in ihr wider. Doch mit der Verbürgerlichung der SPÖ und dem Ende des Nachkriegsaufschwunges war Schluss damit.

**Mythos 5:** „Mit Verhandlungen erreicht man mehr als mit Kampf.“ Heute sehen die KapitalistInnen keinen Grund mehr, Zeit und Geld in eine „Part-

sonst ist es zu erklären, dass kurz vor der Beschlussfassung des 12-Stundentages im Nationalrat der ÖGB der Regierung anbot, eine Kommission zu schaffen, die im Schnellverfahren (!) über die Zulassung eines 12-Stundentages entscheidet. Regierung und Unternehmen führen einen aggressiven Klassenkampf von oben. Die Gewerkschaft aber verzichtet auf ihre schärfste Waffe: Den Unternehmen die Arbeitskraft in einem Streik vor zu enthalten und so ihre Profite zu beschneiden. Kampfbereitschaft ist die beste Grundlage für erfolgreiche Verhandlungen.

**Tatsächlich** bleibt der Gewerkschaftsführung nur die neoliberalen Logik von Regierung und KapitalistInnen, wenn sie im engen Korsett der kapitalistischen Logik verhaftet bleibt. Kämpfe werden auch deshalb abgelehnt, weil man Angst vor ihren Konsequenzen hat: Was, wenn die Beschäftigten nicht zu denselben Zugeständnissen bereit sind wie die Gewerkschaftsführung? Wenn sie bereit sind, weiter zu kämpfen? Wenn sie die Regierung wegstreiken? Wenn sie die Betriebe übernehmen? Wenn sie der vermeintlichen „Partnerschaft“ zwischen Kapital und Arbeit die echte Partnerschaft der Beschäftigten entgegensemmt. Davor fürchten sich nicht nur die KapitalistInnen, sondern auch die Spitzen der Gewerkschaft!

**Michael Gehmacher,**

aktiv im SWÖ-Streik 2018 und 26 Jahre ÖGB Mitglied



## Marx aktuell

Wenn GewerkschaftsfunktionärInnen im fetten BMW zur Protestaktion von Beschäftigten des Sozialbereichs kommen, ist das mehr als nur „schiefe Optik“. Wenn eine Fachsozialbetreuerin mit 1.538,85 Gehalt von einer GPA-Vorsitzenden Teiber mit 4.876,40 € netto vertreten wird, ist das mehr als fraglich. Wenn ÖGB-Chef Katzian 7.668,68 € netto verdient, erklärt dass zumindest zum Teil, warum er eine andere Realität sieht als die Mitgliedschaft.

Die Bildung von Gewerkschaften ermöglichte es den ArbeiterInnen, die Konkurrenz untereinander um Jobs und Löhne zu minimieren und den KapitalistInnen gegenüber geeint aufzutreten. Um die systembedingte Benachteiligung der ArbeiterInnen gegenüber den KapitalistInnen abzuschwächen, mussten die Gewerkschaften eigene Apparate aufbauen – mit eigenem

## Die Geburt der Bürokratie

Personal. Die ArbeiterInnen, die fortan nicht nur Gewerkschaftsmitglied waren, sondern für sie arbeiteten, mussten die Interessen der Beschäftigten vertreten. Gleichzeitig konnten sie aber nicht über das kapitalistische System, das sie zu Ausgebeuteten macht, hinausgehen. Für sie wurde die Gewerkschaft von einem Mittel zur Durchsetzung der Interessen von ArbeiterInnen auch zum Zweck ihrer eigenen Lebensgrundlage. Und diese besserte sich erheblich, je stärker die Gewerkschaften und ihre Apparate wurden. In Gewerkschaften, die nur die Humanisierung, nicht den Sturz des Kapitalismus zum Ziel haben, verselbständigen sich diese Apparate (unter kräftiger Mithilfe von Staat und Kapital) immer mehr und entwickeln eigene Interessen. Sie identifizieren diese Interessen als die der gesamten Bewegung, obwohl sie diesen manchmal direkt entgegenstehen. Sie zentralisieren die Entscheidungsgewalt und ersetzen Gewerkschaftsdemokratie durch bürokratische Strukturen. Schließlich sollten die Gewerkschaften zwar stark sein, um genug Macht und Geld für die Bürokratie zu bringen – sie sollten aber auch die Stabilität des Systems nicht zu sehr gefährden, mit dem die BürokratInnen immer mehr verwachsen. Denn diese Leute verbringen nun mehr Zeit in staatlichen Sitzungssälen und Konferenzräumen von Unternehmen als unter ArbeiterInnen – und übernehmen dementsprechend die Logik von Staat und Kapital.

**Leo Trotzki** schrieb in seinen Notizen über Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs 1940: „Sie haben einem zentralisierten, eng mit der Staatsgewalt verbundenen kapitalistischen Widersacher zu begegnen. Für die Gewerkschaften – soweit sie auf reformistischem Boden bleiben, das heißt soweit sie sich dem Privateigentum anpassen – entspringt hieraus die Notwendigkeit, sich auch dem kapitalistischen Staate anzupassen und die Zusammenarbeit mit ihm zu erstreben.“

Das ist die Basis einer Ideologie, die auf den „Ausgleich der Interessen“ zwischen ArbeiterInnen und Wirtschaft abzielt, institutionalisiert in der Sozialpartnerschaft. Weil ihre eigenen, speziellen Interessen widersprüchlich sind (Stärke der ArbeiterInnenklasse bei gleichzeitiger Freundschaft mit dem Kapital), halluziniert die Bürokratie „gemeinsame Interessen“ von ArbeiterInnen und KapitalistInnen als StaatsbürgerInnen. Diese gibt es nicht und wird es nie geben.

Jan Millonig und Sebastian Kugler



# Klassenkampf statt fauler Kompromisse

**Auf den** Betriebsversammlungen gegen die Einführung des 12-Stundentages durch die schwarz-blaue Bundesregierung wurden seitens mancher GewerkschaftsvertreterInnen große Töne gespuckt. So sagte Peter Grandits, Konzernbetriebsrat der PORR AG: „Wenn es hart auf hart geht, werdet ihr im Radio hören: Die Westautobahn ist gesperrt, da haben sie Schotter verloren. Die

Strie wollen nicht verhandeln, sondern diktieren. Damit überhaupt wieder Verhandlungen stattfinden können, müssen die Gewerkschaften Kampfbereitschaft zeigen.

Es gibt viele Beispiele dafür, wie dies bewerkstelligt werden kann. Schauen wir auf die Charité in Berlin, eines der größten Krankenhäuser Europas, in etwa vergleichbar mit dem AKH in Wien. Bei der Charité konnten die KollegInnen der „Charité Fa-

zu handeln, zu kämpfen und die nächsten Schritte zu beschließen. Inzwischen hat sich sogar ein bundesweites Netzwerk kämpferischer Basisinitiativen im Gesundheitswesen Deutschlands gegründet.

Die bereits angelaufene Offensive österreichischer Unternehmensverbände gegen die Gewerkschaften muss durch den Aufbau solcher Strukturen wie in Berlin beantwortet werden. Wir brauchen eine

terreichischen Gewerkschaften ist kein Wunschtraum. Anfang der 2000er Jahre konnte das Linksbündnis „left unity“ die Führung der britischen Gewerkschaft für Staatsangestellte PCS übernehmen. Die PCS ist das britische Gegenstück zur hiesigen Beamtenbewerkschaft GÖD.

Über Jahre hinweg baute „left unity“ ein Netzwerk von AktivistInnen in der Gewerkschaft auf und lieferte sich erbitterte Auseinandersetzungen mit der konservativen Gewerkschaftsspitze, bis schließlich eine Mehrheit der Mitgliedschaft einem kämpferischen Programm ihre Stimme gab. Seit Jahren wird „left unity“ jedes Mal mit großer Mehrheit wiedergewählt.

Aus gutem Grund. Die PCS fordert vom britischen Gewerkschaftsbund koordinierten Widerstand gegen die Sparprogramme der konservativen Regierung. Sie setzt sich für gemeinsame Streiks bis hin zu einem Generalstreik ein. Gleichzeitig wartet die Gewerkschaft nicht darauf, dass andere sich bewegen. Seit Jahren sind die Gehälter britischer Staatsangestellter eingefroren. PCS bereitet sich nun darauf vor, diese Gehaltssperre zu bekämpfen. Im Sommer gab es erste

*Um die schwarz-blauen Angriffe abzuwehren, braucht es eine ganz andere Gewerkschaftspolitik.*

Flughafenautobahn ist gesperrt, da haben sie Beton verloren. Alle Wege nach Wien sind gesperrt. Da kennen wir nichts.“

Dass ein Betriebsratsvorsitzender über Streiks gegen die Regierung nachdenkt, ist begrüßenswert. Allerdings ist seit Juni wenig bis nichts passiert. Der ÖGB setzt nicht auf die Zerschlagung des 12-Stundentag-Gesetzes, sondern auf das Aushandeln von „Ausgleichsmaßnahmen“. Hier verkennt der ÖGB die Lage. Regierung und Großindu-

cility Management“ nach jahrelangem Kampf einen Stundenlohn von 11 Euro für alle durchsetzen. Es brauchte Streiks und Organisationsarbeit, damit am Ende ein Verhandlungsergebnis stehen konnte. Das ist immer noch viel zu wenig, aber ein wichtiger erster Schritt für menschenwürdige Arbeitsverhältnisse.

Durch den Einsatz kämpferischer AktivistInnen konnte eine handlungsfähige Betriebsgruppe der Gewerkschaft Verdi aufgebaut werden, die in der Lage war, eigenständig

Aktivierung und Politisierung der Mitgliedschaft. Die beeindruckende Demonstration von weit über 100.000 ArbeiterInnen gegen den 12-Stundentag hat das Potential dafür gezeigt. Auch die Betriebsversammlungen waren gut besucht. Sie dürfen aber nicht mehr nur ein Verlautbarungsorgan der Gewerkschaftsspitzen sein, sondern müssen zu einem Instrument der demokratischen Willensbildung in den Betrieben werden.

Die Forderung nach der Demokratisierung der ös-

terreichischen Gewerkschaften ist kein Wunschtraum. Anfang der 2000er Jahre konnte das Linksbündnis „left unity“ die Führung der britischen Gewerkschaft für Staatsangestellte PCS übernehmen. Die PCS ist das britische Gegenstück zur hiesigen Beamtenbewerkschaft GÖD.

Das brauchen wir in Österreich. Wir brauchen eine Gewerkschaftsführung, die ein Programm für den Widerstand mit ihren Mitgliedern diskutiert und dann vorlegt. Es muss eine Eskalationsstrategie entwickelt werden, mit der diese Regierung von kleinkarierten RassistInnen und verknöpften Yuppies, die nie in ihrem Leben einen Tag in einem normalen Job arbeiten mussten, hinweggefegt werden kann.

So eine Gewerkschaft, so eine Führung entsteht nicht von allein. Jetzt muss mit dem schwierigen Weg des Aufbaus einer linken Gewerkschaftsopposition begonnen werden. Erste kleine Schritte werden bereits gemacht. Die Streiks im österreichischen Sozialbereich vor einigen Monaten haben gezeigt, was möglich ist, wenn Belegschaften sich organisieren und Proteste vorbereiten. Mit dem Bündnis „ÖGB aufrütteln“ existiert nun eine Struktur, die zu einem Sammelbecken betrieblicher AktivistInnen werden könnte, die sich mit dem Bestehenden nicht mehr abfinden wollen. Daran gilt es nun mit aller Kraft zu arbeiten.

**Christian Bunke**

# Mogelpackung „Deutschklassen“

**Die Behauptung** der Regierung, bei den Deutschklassen ginge es um Förderung, erweist sich bei näherer Betrachtung als offensichtlich falsch: Mehrsprachigkeit ist bei Heranwachsenden eher die Regel und der Erwerb lediglich einer Sprache („monolingual“) die bedauernswerte Ausnahme. Kinder lernen, indem sie von Bezugspersonen, von FreundInnen, auf dem Schulhof, von LehrerInnen und KindergärtnerInnen die Sprache in ihrer Verwendung im Alltag hören. Wenn das Kind z.B. durch seine Eltern selbst eine bzw. mehrere andere Sprachen spricht, ist zwar der Spracherwerb in allen Sprachen nicht so schnell wie nur in einer, aber dafür der Wortschatz von Anbeginn größer und damit letztlich das Sprechen in verschiedenen Sprachen völlig normal. Kinder lernen also in „gemischten“ Klassen weit schneller die Sprache als in eigenen Deutschklassen, zur Unterstützung beim Spracherwerb können StützlehrerInnen hilfreich sein.

Gemeinsame Klassen fördern nicht nur Deutsch, sondern auch die Teilhabe am Leben von Kindern, die schon länger in Österreich leben oder hier geboren sind. Die Eltern haben die Möglichkeit, ein-

Karin Wottawa

ander kennen zu lernen, Kinder können Freundschaften schließen und sich – speziell wenn sie kriegstraumatisiert sind – an einem gewöhnlichen Kinderleben orientieren, was ihre Entwicklung fördern würde.

Offenbar will genau das die Regierung nicht. Studien und Erfahrung wischen sie vom Tisch, die ExpertInnen vor Ort – also LehrerInnen und DirektorInnen – werden ignoriert und die Betroffenen selbst haben sowie nichts mitzureden. Erst Anfang August wurde das Konzept ausgeschickt und LehrerInnen durften sich bis zum 24.8.(!) dazu äußern. Das legt den Gedanken nahe, dass man sich nicht äußern sollte.

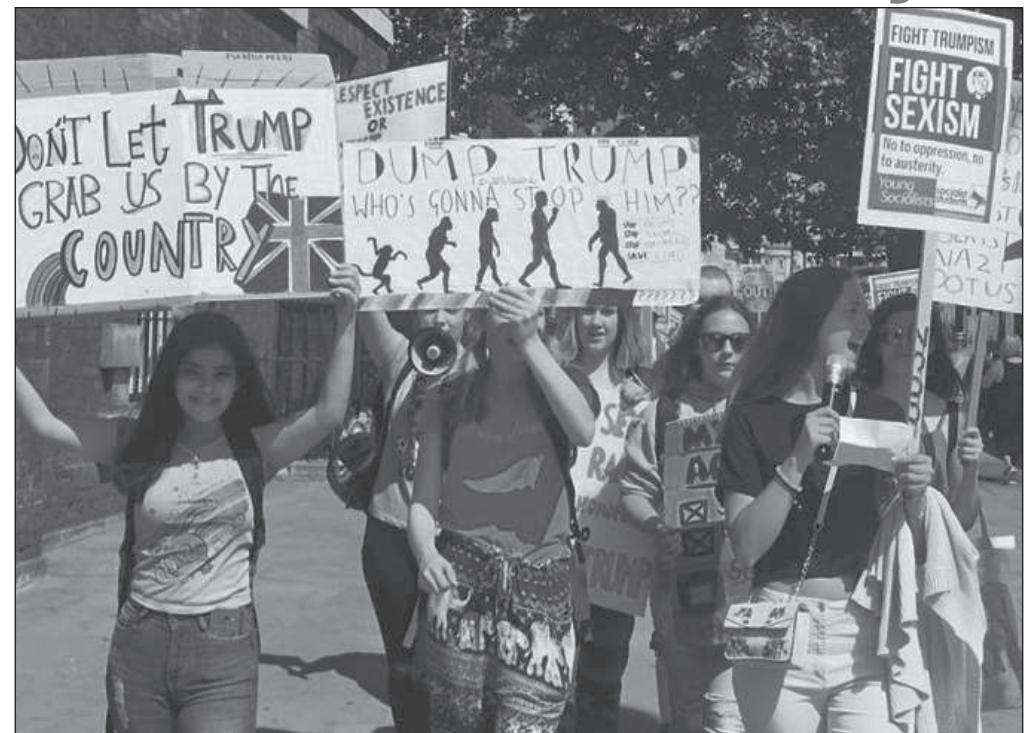
**Worum es** wirklich geht: Migrantische Kinder sollen unter sich bleiben, und sich in Wahrheit nicht integrieren und hier keine sozialen Beziehungen eingehen. Es geht um Isolation, denn das macht Abschiebungen leichter. Man will Proteste bei Abschiebungen verhindern, indem man MigrantInnen von „ÖsterreicherInnen“ trennt. Wenn man den Kontakt systematisch verhindert, lässt sich die rassistische Propaganda leichter aufrecht erhalten.

Karin Wottawa

**Während** rund 80% gegen die Abschiebung von Lehrlingen sind, hält die Regierung am rassistischen Kurs fest. Viele Unternehmen machen seit Wochen eine Kampagne für einen Abschiebestopp – weil viele Betroffene in der Gastronomie oder anderen „Mangelberufen“ arbeiten. Also in Branchen, mit besonders harten Arbeitsbedingungen und mieser Bezahlung. Wer von Abschiebung bedroht ist, muss sich mehr gefallen lassen! Von der Ge-

werkschaft kommt weder gegen die Erpressbarkeit noch gegen deren Abschiebung ein Aufschrei. Doch es braucht eine Kampagne, die die Lehrlinge selbst – egal welcher Nationalität – zusammenbringt und organisiert. Mit Konferenzen, Kundgebungen, Demonstrationen und auch (Solidaritäts-)Streiks kann der Zugang zur Lehre, ein Abschiebestopp und ordentliche Bedingungen für alle Lehrlinge erkämpft werden

Stefan Gredler.



## SchülerInnen gegen Trump!

**Über 250.000** Menschen demonstrierten am 13. Juli in ganz Britannien gegen den Besuch des

**Massenproteste und Schulstreiks zeigen die Bereitschaft von Jugendlichen zum Widerstand.**

US-Präsidenten. Mit dabei auch unsere Schwesternorganisation, die Socialist Party. Ihre Jugendplattform, Socialist Students, hat AktivistInnenengruppen an Schulen und Colleges im ganzen Land. Als Teil der Proteste gegen Trump organisierten sie SchülerInnen- und Studierendenstreiks. Trotz Einschüchterung

durch LehrerInnen, DirektorInnen und die Polizei beteiligten sich Jugendliche in zahlreichen

Städten. In London organisierten streikende SchülerInnen einen eigenen Demonstrationszug und eine Kundgebung, bei der sie über ihre Gründe zu streiken berichteten.

Für viele richteten sich die Proteste nicht nur gegen Trump, sondern auch gegen die eigene konserva-

tive Regierung. Theo Shariiff, bundesweiter Koordinator von Socialist Students meint: „Diese Schulstreiks zeigen, dass junge Menschen politisch engagiert sind und wir dazu bereit sind, für unsere Zukunft zu kämpfen. Trump ist ein Beispiel für die Ungerechtigkeit des kapitalistischen Systems, das die ArbeiterInnenklasse und junge Menschen bestraft, um großen Konzernen und den Superreichen große Profite zu garantieren. Wir können den Widerstand gegen ihn in den USA unterstützen, indem wir unsere eigenen Trumps in der britischen Regierung zu Fall bringen.“

Christoph Glanninger

## Sind Unternehmen kämpferischer als die Gewerkschaft?



## Verbrecher des Monats



**Der Einsturz** einer Brücke in Genua tötete 43 Menschen. Verantwortlich: Jahrzehnte der Privatisierungs- und Kürzungspolitik diverser Regierungen (die aktuelle macht hier weiter) und milliardenstarke Firmen wie Benetton, die auf Kosten der Sicherheit Profite machen – konkret auch über die Betreiberfirma der Brücke.



# Mexiko: Historischer Sieg von AMLO

**Der historische** Erfolg von Andrés Manuel López Obrador (AMLO) und seiner Partei MORENA bei den vergangenen Wahlen stellt einen Höhepunkt des Klassenkampfes in Mexiko dar. Nach 89 Jahren Tyrannie der Rechten mit Ausbeutung, schmutzigen Machenschaften und Elend für die Mehrheit der Gesellschaft, haben die Jahre an Widerstand und Kämpfen Früchte ge-

zum „Krieg gegen den Drogenhandel“. Dieser kostet bis heute mehr als 234.000 Menschenleben und 30.000 bis 50.000 Menschen sind „verschwunden“. Seine Politik brachte auch „Strukturreformen“ die das Wachstum nicht nur dämpften sondern auch zu steigenden Preisen bei Basissgütern und zu Reallohnverlusten führten.

Die letzte Etappe der

verteidigungskomitees gegen den Drogenhandel. Und es gab die Märsche gegen die erhöhten Benzinpreise oder für die Verteidigung von Wasser und Land. Hier sticht natürlich der Massenprotest für die 43 verschwundenen von Ayotzinapa heraus (2006 hatten Polizisten einen Bus mit Lehramtsstudierenden angegriffen, sechs getötet, 24 verletzt und 43 blie-

ein großer Fortschritt im Bewusstsein, der zeigt, dass ein Kampf nur dann verloren ist, wenn er nicht geführt wird und dass die Erfahrungen der letzten Jahre nicht umsonst gemacht wurden.

**Der Anstieg** von sozialen Bewegungen war der Hauptfaktor für den Sieg von AMLO. Die aufgestauten Wut hat bei den Wahlen ein Ventil gefunden. Dabei hat sie alle Hindernisse überwunden, die dieser Kampf gegen einen Feind mit sich bringt, der über einen staatlichen Apparat für Betrug und Täuschung verfügt.

Die Wahlergebnisse sind auch ein harter Schlag gegen die wirtschaftlichen und politischen Eliten. Zuerst hetzten sie mit aller Kraft gegen AMLO, nur um ihm im nächsten Atemzug heuchlerisch die Hand zu reichen. Genau jene, die für die Armut und Gewalt verantwortlich sind, schreien jetzt nach „nationaler Versöhnung“ und bieten ihre Zusammenarbeit mit der neuen Regierung an, um so ihre Privilegien zu erhalten.

Doch die mexikanische Gesellschaft hat dafür gestimmt, mit ihnen zu brechen. Sie ist nicht bereit, den Korrupten und AusbeuterInnen weiterhin zu erlauben, sich auf Kosten der Mehrheit, auf Kosten

## Linker Wahlsieg als vorläufiger Höhepunkt von Protesten und sozialen Bewegungen.

tragen: wir haben die Rechten aus dem Präsidentenpalast, dem Kongress und den meisten Wahlbezirken hingegefegt.

Bei einer Wahlbeteiligung von 63% erhielt AMLO 53% der Stimmen! Bisher hatte kein anderer Kandidat in der Geschichte Mexikos Unterstützung in diesem Ausmaß erhalten. Der Pianist Ricardo Anaya erhielt lediglich 22% und José Antonio Meade von der PRI (der vorherigen Regierungspartei) nur 16,5%.

Am 1. Juli strömten Millionen von Familien aus der ArbeiterInnenschaft in die Wahllokale, wissend um den hohen Preis, der sie der Wahlbetrug bei den letzten Wahlen 2006 gekostet hat. Der damalige offizielle Wahlsieger Felipe Calderón von der PRI rief auf

PRI-Herrschaft glich einem Blutbad: sie war für die schreckliche Repression gegen die Bevölkerung der Kleinstadt Atenco verantwortlich. Während ihrer Regierung wurden Kürzungen und Privatisierungen umgesetzt, die Massenarmut brachten, zusätzlich zur grausamen Repression.

Die Liste von sozialen Kämpfen, Streiks und Protesten mit Millionen von TeilnehmerInnen ist zu lang um sie zusammenzufassen: Die „Bewegung der 132“ war eine Massenbewegung inspiriert durch Occupy. Es gab große Streiks und Demonstrationen von LehrerInnen und die Streiks in den Maquilas (Fabriken, die durch NAFTA entstanden), sowie der TagelöhnerInnen von San Quintín. Überall entstanden Selbst-

ben „verschwunden“). Das war der Tropfen, der das Fass der Empörung über die mörderische Regierung zum Überlaufen brachte.

Der 1. Juli zeigt, dass die Bevölkerung genug hat von der Spirale von Gewalt und Unsicherheit, die eine direkte Folge des Verfalls des mexikanischen Kapitalismus ist – und deren brutaler Ausdruck ist, dass jeden Tag sieben junge Frauen ermordet werden.

Es gibt einen Linksruck der ArbeiterInnenklasse, der Jugendlichen, LandarbeiterInnen, Indigenen und breiter Teile der Mittelschichten. Es ist eine Lüge, dass in Mexiko Passivität und Gleichgültigkeit vorherrsche. Im Gegenteil, wir haben einen erhöhten revolutionären und kämpferischen Instinkt. Dies ist

der ArbeiterInnen, zu bereichern. Deswegen entwickelt sich die Bewegung auf den Straßen weiter und ist weit entfernt von Passivität und Abwarten. Die aufgebauten Strukturen sollen aufrecht erhalten werden, um sicherzustellen, dass die erhoffte Veränderung wirklich passiert.

AMLO hat aktuell zwei Optionen: dem Druck der Rechten und der Unternehmen nachzugeben oder sein soziales Programm, das den ArbeiterInnen zu Gute kommt, wirklich umzusetzen. Dafür müssen die neoliberalen Maßnahmen der letzten Regierungen zurückgenommen werden und die Privatisierungen rückgängig gemacht werden. Ein Mindestlohn von 12.000 Pesos pro Monat (ca. 550 Euro) ist ebenso notwendig wie ein Ausbau des Sozialbereiches. Die Bildungs„reform“ und alle damit verbundenen Kündigungen müssen zurückgenommen werden und wir brauchen öffentliche Kinderbetreuung und Kantinen gerade auch für arme Familien. Die Verstaatlichung der Banken und der Schlüsselbereiche der Wirtschaft unter Kontrolle der Beschäftigten können die Grundlage für ein würdiges Leben für alle legen.

**Karla Torres,**

Izquierda Revolucionaria,  
izquierdarevolucionariamx.net

# Handelskrieg: USA gegen China

Dass der Kapitalismus immer weiter in die Krise rutscht, lässt sich vielerorts erkennen. Ein Anzeichen dafür ist die widersprüchliche Politik bezüglich Außenhandel: Auf der einen Seite - Export - versuchen imperialistische Mächte wie die USA oder Kanada durch Programme wie TTIP oder CETA, die eigene Rolle auf dem internationalen Markt zu stärken; auf der anderen Seite - Import - werden Strafzölle verhängt, um die Rolle jeweils anderer imperialistischer Mächte so klein wie möglich zu halten.

Qualitativ sind Strafzölle nichts Neues, aber quantitativ hat es sie in der aggressiven Form von Donald Trump noch kaum gegeben. Trump selbst ist dabei kein despotischer Spinner, der jede Vernunft verloren hat, sondern die Menschwerdung der Wünsche von Teilen des US-amerikanischen Kapitals. Trumps "America First" Politik ist in Wirklichkeit eine "America Alone" Strategie: Der US-Imperialismus versucht, seine alte Stärke wieder zu erreichen. Durch Strafzölle soll anderen Ländern der Wille der USA aufgedrückt werden.

Gegenüber dem größten Konkurrenten am Weltmarkt - China - haben die USA bis jetzt Zölle in der Höhe von 100 Milliarden US-Dollar verhängt und

drohen weitere 800 Milliarden an.

**China versucht** seinerseits mit dem Wirtschaftsprojekt "One Belt - One Road" über 60 Länder infrastrukturell und wirtschaftlich zu verbinden und damit das eigene Einflussgebiet auszuweiten. Mit China als Zentrum soll durch den Bau von Eisenbahnen und Häfen ein neues Handelsnetz errichtet werden. Viele Nationen können den chinesischen Konditionen aber nicht nachkommen und mehrere Projekte mussten bereits ersatzlos abgebrochen werden: Ein Autobahnprojekt durch Thailand würde beispielsweise 50% des thailändischen BIPs erfordern. Der chinesische Imperialismus steht unter gewaltigem Druck, "One Belt - One Road" durchzusetzen und neue Märkte zu generieren.

Die Strafzölle sind aber nicht die Ursache der zunehmenden internationalen Spannungen. Selbst wenn sie jetzt aufgehoben würden, bleiben die Spannungen und Konkurrenz zwischen den imperialistischen Staaten bestehen. Und wenn die Spielräume für die Wirtschaft kleiner werden, können auch protektionistische Irrwege das krisengeschüttelte System nicht retten.

Stefan Brandl



## Linker Wahlsieg in New York

Ende Juni gewann die 28-jährige Außenseiterin Alexandria Ocasio-Cortez (AOC) die Vorwahlen der Demokratischen Partei für den New Yorker Sitz

Mitglied der linken „Democratic Socialists of America“ und bezeichnet sich als Sozialistin. Ihr Programm erinnert an jenes von Bernie Sanders,

*„Ich kann nicht das große Geld mit mehr Geld herausfordern, sondern muss es mit einem komplett anderen Spiel schlagen.“*

im Repräsentantenhaus. Sie setzte sich gegen Crowley, einen der mächtigsten Demokraten, durch. Wie konnte das passieren?

Die Wut in der amerikanischen ArbeiterInnenklasse auf das Establishment ist groß, Löhne stagnieren und der Lebensstandard sinkt. AOC ist

wobei es in einigen Punkten radikaler ist – und entsprechend populär. Z.B. fordert sie einen Mindestlohn von 15 Dollar und eine allgemeine Krankenversicherung. Sie verweigerte Geld von Unternehmen und finanzierte den Wahlkampf ausschließlich durch Kleinspenden. Un-

terstützung erhält sie von Bewegungen wie „Black Lives Matter“.

Voraussichtlich wird AOC die Hauptwahlen im November gewinnen. Ihr Erfolg zeigt die Popularität sozialistischer Ideen. Doch die Demokraten werden ihr so viele Steine wie möglich in den Weg legen. Um ihre Forderungen umsetzen zu können, muss sie auf soziale Bewegungen setzen, so wie die Stadträtin Kshama Sawant von Socialist Alternative (CWI UnterstützerInnen in den USA) in Seattle. Socialist Alternative hat auch gezeigt, dass es möglich ist, außerhalb der Demokraten anzutreten und zu gewinnen – was nötig ist, um eine echte Alternative zum Zwei-Parteien-System aufzubauen.

Nicolas Prettner

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

## Israel: LGBT-Streik

Am 22. Juli fand einer der größten Proteste seit Jahren statt. In 17 Städten wurde demonstriert, allein in Tel Aviv gingen 100.000 auf die Straße und blockierten eine zentrale Schnellstraße. Tausende hatten zudem am Sonntag, dem ersten Tag der israelischen Arbeitswoche, gestreikt. Auslöser war eine Änderung des israelischen Leihmutterhaftsgesetzes, das gleichgeschlechtliche PartnerInnen ausschließt. Doch es ging ge-

gen die gesamte Politik der Regierung und auch die Forderung nach „Sozialer Gerechtigkeit auch für arabische LGBT-Personen“ wurde laut. Socialist Struggle Movement (CWI in Israel/Palästina) hat eine lange Tradition im Kampf für LGBT-Rechte. Im Gegensatz zum „unpolitischen“ Zugang der meisten Organisationen in dem Bereich wird gefordert, die Proteste gegen die Regierungspolitik auszuweiten.

[www.socialism.org.il](http://www.socialism.org.il)

## GB: Spitzel gegen Linke

Aus gerade veröffentlichten Papieren wird klar: Thatchers Regierung bespitzelte gemeinsam mit dem Geheimdienst MI5 Öffentlich Bedienstete. Sie erstellten in den 1980er Jahren eine geheime schwarze Liste gegen jene Beschäftigten, die sie als „subversiv“ – also ablehnend – einstuften. Es ging gegen GewerkschafterInnen und Linke. Mitglieder der Socialist Party - SP (früher Militant, CWI in England und Wales)

fürchtete Thatcher besonders. Zu Recht: Denn die Bewegung gegen die extrem unsoziale Kopfsteuer Anfang der 90er wurde zentral getragen von der SP und zwang letztlich Thatcher zum Rücktritt. Die SP fordert eine Untersuchung durch GewerkschafterInnen, SozialistInnen und andere politische AktivistInnen, weil der Staat sich wohl kaum selbst wirklich untersucht...

[www.socialistparty.org.uk](http://www.socialistparty.org.uk)

## Griechenland

Die tödlichen Feuer in Griechenland bewegten Ende Juli die Menschen. Xekinima (CWI in Griechenland) berichtete bei einer gut besuchten Veranstaltung auf ihrem Sommercamp über die Kürzungen bei den Feuerwehren und den Forstbehörden. Diese sind ein Ergebnis der EU-Forderungen, die von der griechischen Regierung umgesetzt wurden. Dem gegenüber stand die enorme Hilfsbereitschaft der Bevölkerung.

[www.xekinima.org](http://www.xekinima.org)



# EU-Ratspräsidentschaft und EU-Krise

Seit 1. Juli hat Österreich die EU-Ratspräsidentschaft. Damit hat die Regierung ein halbes Jahr den Vorsitz über eine EU, die mit heftigen Turbulenzen zu kämpfen hat. Das Voranstellen des Migrationsthemas durch

Auch zwischen den EU-Staaten brodelt es. Dies liegt daran, dass das nationale Kapital widersprüchliche Interessen hat und sich unterschiedlich entwickelt hat. Im Kapitalismus ist es für so unterschiedliche

zungsmaßnahmen. Auch in den nördlichen Ländern ist trotz Wirtschaftswachstums keine Verbesserung der Lebensstandards in Sicht. Warum? Weil klar ist, dass die nächste Krise kommen wird. Darum sollen die Beschäftigten mit 12-Stunden-Tag & co. weiter ausgepresst werden.

Zu Recht fürchten die Herrschenden die Instabilität, nicht zuletzt auf der politischen Ebene. Neugefärbte VertreterInnen der etablierten Politik wie Kurz oder Macron versuchen, dieselbe neoliberalen Politik besser zu verkaufen. Auch wenn sie an der Macht sind, versuchen sie am Anti-Establishment-Image festzuhalten. Angesichts der EU-Wahlen 2019 versuchen sie das v.a. mit einer Zunahme der Hetze gegen Flüchtlinge. Mit dem Migrationsthema wird Wahlkampf geführt – gegen andere Parteien wie andere Länder. Sie bereiten damit, wie in Italien, rechtspopulistischen Kräften den Weg, deren Loyalität nicht beim international orientierten, sondern beim national orientierten Kapital liegt. Das verstärkt die Bruchlinien weiter. Das Schönwetterprogramm EU ist vorbei. Die Union als „Global Player“ gegen andere imperialistische Mächte zu erhalten, gleichzeitig

die nationalen Kapitalfraktionen zu befriedigen und auf Stimmenfang zu gehen – all das erweist sich als unvereinbar.

**Das wissen** auch die Spitzen der EU. Doch während schon vorsichtige linke Versuche, die Sparpolitik zu beenden, mit allen Mitteln bekämpft werden, werden rechte Parteien, die mit der Union brechen, sanft behandelt. In Griechenland wurde Syriza durch brutale Erpressung dazu gebracht, sich dem Diktat zu unterwerfen. Gegenüber der rechten polnischen Regierung, die mehrfach gegen Beitrittskriterien verstieß, wurde dagegen lediglich ein Beschluss des Rats der EU (ohne weitere Konsequenzen) angekündigt. Lieber lassen sie Europa in die rassistische Barbarei stürzen, als die Profite des Kapitals zu gefährden. Sie tolerieren das Massensterben im Mittelmeer, aber keine Einschränkung der Macht der Banken und Konzerne.

Die Aufgabe von Linken ist es nicht, die EU zu retten. Sie darf nicht den Fehler machen, aus einer Opposition gegen Rechte heraus das Establishment zu verteidigen. In ganz Europa gibt es immer stärkere imperialistische Proteste, z.B. die Streiks in Slowenien für Lohner-

## Nationalismus ist keine Antwort auf die tiefe Krise der EU.

Kurz und andere RechtspopulistInnen ist ein Versuch, diese Krise zu überdecken, aber nicht die Hauptursache dafür.

Weitaus wichtiger für die Krise sind die Konflikte mit Russland, China bzw. den USA. Aus den unterschiedlich starken Handelsbeziehungen resultiert die unterschiedliche Herangehensweise zu Konflikten mit diesen Ländern. Finnland, das die zweitmeisten Importe aus Russland (11%) bekommt, hat eine andere Position im Ukrainekonflikt als Deutschland, dessen zweitwichtigster Import-Lieferant China (10%) ist. Auch im Handelskonflikt mit den USA zeigen sich Unterschiede: auf Irland (26% der Exporte in die USA) haben die Strafzölle stärkere Auswirkungen als auf Österreich (7% der Exporte in die USA).

Staaten unmöglich, längerfristig in einem Wirtschaftsbündnis zu sein. Seit Beginn der Wirtschaftskrise treten diese Widersprüche immer weiter hervor. Der Euro treibt die Staaten zusätzlich auseinander: das verschuldete Italien leidet unter dem starken Euro, der es erschwert, Schulden zurückzuzahlen, aber Staaten wie Deutschland, die Kapital anziehen wollen, brauchen den starken Euro.

Die Ablehnung der EU durch weite Teile der Bevölkerung ist ein weiteres dieser Probleme. Die EU war nie eine Sozialunion, sondern immer ein Wirtschaftsprojekt der Banken und Konzerne. Vor allem in Süd- und Westeuropa stellten sich in den vergangenen Jahren immer mehr Menschen gegen die von der EU befahlene brutalen Spar- und Kür-

höhung und bessere Arbeitsbedingungen oder in Frankreich, wo die EisenbahnerInnen seit Monaten wiederholt gegen Macrons Reformen streikten. Die Unabhängigkeitsbewegung in Katalonien ist getragen von dem Wunsch, mit dem Kürzungsdiktat zu brechen – und stellt eine reale Gefahr für den spanischen Staat, eine der Stützen der EU, dar. Somit wird auch klar, was mit dem verstärkten Aufgreifen von „Sicherheit“ während der Ratspräsidentschaft tatsächlich gemeint ist: Die Sicherheit der Profite. Viel wichtiger für die Mehrheit der Menschen ist aber soziale Sicherheit. Kürzungen, Arbeits- und Wohnungslosigkeit etc. bringen immer mehr Menschen in Bedrängnis, während Banken und Konzerne weiter Profite einstreichen. Nationale Alleingänge ändern an der kapitalistischen Profitlogik nichts. Unsere Verbündeten sind nicht unsere Chefs mit dem gleichen Pass – sondern die ArbeiterInnen und Armen Europas, mit denen wir mehr gemeinsam haben als die Staatsbürgerschaft. Daher müssen wir gemeinsam die Parole „Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!“ vorantreiben.

Moritz Bauer



# Tanz am Gipfel, Tod im Meer!

*Kurz, Strache, Salvini & Co. bauen die Festung Europa aus. Das kostet Menschenleben, löst aber keine Probleme.*

**Flüchtlingsschiffe**, die nicht anlegen dürfen, Menschen die herumgeschoben werden. Die EU raubt den Ärmsten jede Würde und ihre Abschottung fordert Menschenleben. Die Mauern der Festung Europa werden ausgebaut. Die Unterschiede zwischen den Regierungen von

Österreich bis Spanien, von Italien bis Deutschland, von Ungarn bis Schweden sind überschaubar. Sie alle machen „die Flüchtlinge“ zum Problem und wollen die Grenzen – wahlweise Ländergrenzen, europäische Außengrenzen oder den Zugang zu den Meeren rund um Euro-

pa – schließen. Das wird Menschen, die verzweifelt sind, nicht davon abhalten zu flüchten, sondern nur den Preis für die Schlepper nach oben treiben und mehr töten.

**Die österreichische** Regierung nützt die EU-Präsidentschaft um sich als Scharfmacherin zu posi-

tionieren. Das dient der Ablenkung von der unsozialen Politik im Inland, ist der beginnende Wahlkampf für die EU-Wahlen und der Versuch der ÖVP, der FPÖ weitere WählerInnen abspenstig zu machen.

Bei den diversen EU-Gipfeln residieren PolitikerInnen auf Steu-



Gegen den Salzburger EU-Gipfel mobilisieren!

Mehr auf Seite 5



- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitätern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,

kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.